

Zur Energiefrage

Wohin das Festhalten an der Atomkraft führt, das rufen uns jetzt Bulgarien und die Slowakei eindringlich in Erinnerung. Wenn unsere Regierungen Laufzeitverlängerungen von überalterten Atomkraftwerken beschließen, dann können wir den osteuropäischen Ländern eine ähnliche Handlungsweise nicht verbieten. Weil die Atomkraft einfach zu gefährlich ist, und weil wir eine ungefährliche und sogar wirtschaftlich günstigere Alternative mit der 100% erneuerbaren, dezentralen Energieversorgung (EE) haben, muss auch Belgien bei dem atomaren Ausstiegsbeschluss bleiben und intensiv auf die EE umstellen.

Es ist deshalb richtig, wenn jetzt in vielen Ländern zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise Konjunkturprogramme genutzt werden, mit denen Projekte zur Energieeinsparung und Energieeffizienzsteigerung finanziert oder subventioniert werden, und wenn die Stromnetze dezentral ausgebaut werden, damit das Angebot an erneuerbaren Energiequellen optimal genutzt werden kann.

Wir dürfen dabei nicht länger auf die Anderen warten: Jeder Einwohner der DG muss sich ganz persönlich fragen, was er zwecks Klimaschutz an seiner Lebensführung ändern kann. Die 9 Gemeinden in der DG sind herausgefordert, so schnell wie möglich Energie unabhängig zu werden, in dem sie mindestens so viel erneuerbare Energie produzieren, wie sie an Energie verbrauchen. Die politischen Parteien, das Parlament und die Regierung der DG müssen jetzt die Prioritäten, ohne Wenn und Aber, auf die nachhaltige Energieversorgung in der DG ausrichten, und sie müssen deshalb alle anderen Projekte, die jetzt nicht unbedingt notwendig sind, zurückstellen!

Wir müssen auch bedenken, dass Konjunkturprogramme, die mit geliehenem Geld finanziert werden, die Verschuldung verstärken. Die Zahlung der Schuldzinsen – in Belgien bereits jährlich 17 Milliarden Euro - schränkt die Handlungsmöglichkeiten sehr stark ein. Belgien und die anderen EU- Mitgliedstaaten müssen deshalb die notwendigen finanziellen Mittel hoheitlich, also ohne sich bei Privatleuten zu verschulden, in den Wirtschaftskreislauf einbringen. Dafür muss sich das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft einsetzen. Wir befinden uns heute, 15. Januar 2009, in der entscheidenden Übergangsphase hin zu einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft. Unsere Kinder haben ein Recht darauf, dass wir Erwachsene uns in diesem Sinne engagieren.

Joseph Meyer, St.Vith

VIVANT- Fraktion im PDG

www.geldwesen.be